

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwirn

Telefon: (0228) 91520-0  
Telefax: (0228) 91520-12 (Redaktion)  
91520-15

## Inhalt

"Bündnis gegen die Arbeitslosigkeit" - die SPD-Bundestagsfraktion bringt ihre im Wahlkampf dargestellten Alternativen in die parlamentarische Arbeit ein, erläutert **Ottmar Schreiner MdB**.

Seite 1

Die Bundesregierung muß die deutsch-französischen Konsultationen mehr zum Schutz nationaler Minderheiten nutzen, fordert **Robert Antretter MdB**.

Seite 2

Der Bundeskanzler sollte den Bürgern endlich reinen Wein über die Staatsfinanzen einschütten, erwartet **Joachim Poß MdB**.

Seite 3

Eine "nach-denkenwerte Rede" nennt **Margitta Terborg MdB** die Eröffnungsrede des Alterspräsidenten des Deutschen Bundestages.

Seite 4

49. Jahrgang / 216 / 11. November 1994

### **Die arbeitsmarktpolitische Alternative der SPD Gegen die Kontinuität der regierungsamtlichen Verdrängung der Arbeitsmarkt-Krise**

Von **Ottmar Schreiner MdB**

Die hohe Toniage, in der die Bundesregierung den geringfügigen Rückgang der offenen Arbeitslosigkeit im Oktober feierte und gleichzeitig das völlige Ausblenden der Arbeitsmarktkrise aus den Koalitionsverhandlungen sind böse Vorboten für die kommende Regierungsarbeit.

Im offensichtlichen Einvernehmen mit den Wirtschaftsverbänden, die im Windschatten des Wahlergebnisses ihre bekannten Maximalforderungen zum Sozialabbau präsentierten, soll die rein angebotsorientierte Wirtschaftspolitik der letzten Jahre fortgesetzt werden. Dabei ist zweierlei völlig klar:

- Ein Sockel von 3,7 Millionen registrierter Arbeitsloser als dauerhafte Begleiterscheinung des Wirtschaftsaufschwungs ist völlig unakzeptabel. Er bedeutet soziale Erosion und eine beispiellose Verschleuderung von menschlichen Fähigkeiten. Außerdem ist Arbeitslosigkeit teuer. Sie belastet die öffentlichen Haushalte mit 130 Milliarden DM pro Jahr.
- Wirtschaftliche Aufschwungsphasen erfassen den Arbeitsmarkt nur sehr verzögert und senken die Arbeitslosigkeit nur sehr bedingt. Der Sockel der Arbeitslosigkeit wurde von Mal zu Mal größer. Besonders problematisch ist das inzwischen erreichte Niveau der Langzeitarbeitslosigkeit - 1,2 Millionen Menschen.

Die SPD hat deshalb ihre im Wahlkampf dargestellten Alternativen gegen die Arbeitslosigkeit an den Anfang ihrer parlamentarischen Arbeit gestellt. Wir ziehen damit die Konsequenz aus den wirtschafts- und arbeitsmarktpolitischen Erfahrungen der vergangenen Jahre und präsentieren eine strategische Alternative.

Diese Lehren sind in der vorangegangenen Rezession und der anschließenden Konjunkturphase bestätigt worden. Nachdem die Kohl-Regierung nach 1982 viele Jahre mit Sozialabbau und Demagogie zugebracht und der Massenarbeitslosigkeit von zwei Millionen Menschen tatenlos zugesehen hatte, begann sie gegen Ende der 80er Jahre damit, das Instrumentarium der aktiven Arbeitsmarktpolitik zu nutzen. Dabei wechselten aber in schneller Folge kurze Ausbauphase mit Kürzungs- und Streichungswelle, so daß eine echte

Verlag, Redaktion und Druck:  
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Schumannstr. 2 b, 53113 Bonn  
Postfach 19 01 67, 53037 Bonn

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50 mit  
zuzügl. MwSt. und Versand.

Kreisloper-Gruppe  
mit warmem, ökologischem  
Recycling-Papier



politische Gegensteuerung unterbleibt. Erst der Vereinigungsboom hat zu Beginn der 90er Jahre einen wirklichen Rückgang der Arbeitslosigkeit unter die Zwei-Millionen-Schwelle bewirkt. Wie wir erfahren mußten, war auch dies nur eine kurze Phase, die obendrein ohne den massiven Ausbau des wirtschafts- und arbeitsmarktpolitischen Interventions-Instrumentariums undenkbar war.

Leider unterblieb die strategische Ausrichtung der Instrumente auf Integration der Arbeitslosen und Flankierung der Konjunktur zugunsten spontaner Stop and Go-Aktionen. Die SPD hat mit ihrem Entwurf eines Arbeits- und Strukturförderungsgesetzes daraus die Konsequenzen gezogen, das in folgende Eckpunkte skizziert werden kann:

- Festgeschriebener Vorrang aktiver Arbeitsförderung vor der Finanzierung passiver Leistungen - konkret müssen die aktiven Ausgaben im Vier-Jahres-Durchschnitt mindestens 50 Prozent ausmachen.
- Die aktiven Maßnahmen sollen auf regionaler Ebene mit den Instrumentarien der Struktur- und Regionalförderung verbunden werden, um die Verwirklichung regionaler Entwicklungskonzepte zu unterstützen.
- Arbeitslose sollen nach sechs Monaten einen Anspruch auf einen Eingliederungsplan geltend machen können, der geeignete Fördermaßnahmen im Einzelfall festlegt.
- Gezielter und verbindlich-festgelegter Frauenanteil an den Instrumenten, um der marktlichen Benachteiligung der Frauen entgegenzuwirken.
- Ausbau der Sozialen Betriebe als kombinierte Instrumente zur wirksamen Integration der Langzeitarbeitslosen.
- Sicherung der Finanzierung durch einen regelgebundenen Bundeszuschuß - vergleichbar der Rentenversicherung - der dem gesamtstaatlichen Interesse und Nutzen an der Arbeitsförderung Rechnung trägt und insbesondere größeren Ausschlägen der Beitragssätze in Rezessionsphasen entgegenwirkt.

Dieses ASFG ist Teil eines Gesamtkonzeptes für Modernisierung, Beschäftigung und umweltverträgliches Wachstum, das die SPD-Bundestagsfraktion in dem Antrag "Bündnis gegen die Arbeitslosigkeit" zusammengefaßt und im Bundestag eingebracht hat. Er dient dazu, Arbeitslosigkeit und ihre Bekämpfung in angemessener Form zu thematisieren und die Alternativen zur Untätigkeit der Regierung klar zum Ausdruck zu bringen. (-/11. November 1994/rs/fr)

\*\*\*\*\*

### **Wo bleibt das deutsch-französische Tandem?**

**Rahmenkonvention des Europarates zum Schutz der nationalen Minderheiten bringt nur wenig Fortschritt**

**Von Robert Antretter MdB  
Sprecher der deutschen Sozialdemokraten in der Parlamentarischen Versammlung des  
Europarates**

Die heute von dem Ministerkomitee in Straßburg verabschiedete Rahmenkonvention zum Schutz der nationalen Minderheiten entspricht allenfalls einem Millimeter-Fortschritt auf dem allerkleinsten Nenner. Grundlegende Streitfragen, zum Beispiel wie der Begriff der Minderheit definiert werden kann, sind wegen des Dissenses der Regierungen einfach ausgeklammert worden. Dadurch steht es praktisch im freien Ermessen der Mitgliedstaaten zu bestimmen, ob eine Volksgruppe als Minderheit im Sinne der Rahmenkonvention anzusehen ist. Völlig unzureichend ist auch der Kontrollmechanismus ausgefallen, weil die Rahmenkonvention für die unterzeichnungswilligen Mitgliedstaaten lediglich bestimmte Prinzipien aufstellt, zu deren Ein

haltung sie sich verpflichten müssen. Eine supranationale Kontrolle durch die Gremien des Europarates ist kaum zu erkennen.

Die Auflistung allgemeiner Schutzprinzipien für Minderheiten, wie zum Beispiel die Rechte auf Versammlungsfreiheit, die Bildung von Vereinigungen, die Meinungsfreiheit, die Religionsfreiheit sowie der Gebrauch der eigenen Sprache im Privatleben und im Umgang mit Behörden ist sicherlich ein sinnvoller Ansatz. Rechtskonventionen im Europarat müssen jedoch über hehre Absichtserklärungen hinausgehen und einen rechtsförmigen Schutzmechanismus enthalten, wie er beispielsweise im individuellen Menschenrechtsschutz des Europarates schon seit längerem besteht. Deshalb ist die Parlamentarische Versammlung in ihrem Entwurf für einen Minderheitenschutz für ein rechtsverbindliches Zusatzprotokoll der Europäischen Menschenrechtskonvention eingetreten.

Wegen des Widerstandes Frankreichs, Großbritanniens, der Türkei, Griechenlands sowie anderer Staaten, die die Existenz von ethnischen Minderheiten auf ihrem Territorium in Abrede stellen, hat sich der Wiener Gipfel des Europarates am 7. Oktober vergangenen Jahres im Wege eines fragwürdigen Kompromisses auf die Ausarbeitung einer Rahmenkonvention verständigt. Ich kann mich nur wundern, daß französische Regierungskreise bereits schon jetzt angedeutet haben, daß Frankreich nicht einmal diese Rahmenkonvention unterzeichnen wolle. Wo bleibt das deutsch-französische Tandem? Während Frankreich und Deutschland in der Europäischen Union in allen wichtigen Fragen gemeinsame Initiativen entwickelt haben, ist davon im Minderheitenschutz nichts zu hören. Ich erwarte von der Bundesregierung, daß sie sich im Rahmen der deutsch-französischen Konsultationen dafür einsetzt, daß Frankreich wenigstens diese Rahmenkonvention unterzeichnet. Für die vorgesehene Konkretisierung der Minderheitenrechte im kulturellen Bereich ist die Übernahme der bereits in entsprechenden KSZE-Dokumenten aufgelisteten Prinzipien erforderlich, damit in der Europäischen Menschenrechtskonvention einer hoher Schutzstandard für die Angehörigen nationaler Minderheiten eingefügt wird.

(-/11. November 1994/hgs/fr)

\*\*\*\*\*

### **Bitte reinen Wein, Herr Bundeskanzler!**

**Bundeskanzler Kohl muß den Bürgern endlich die Wahrheit über die Staatsfinanzen sagen**

**Von Joachim Poß MdB**

**Finanzpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion**

Das Papier aus dem Kanzleramt vom 17. Oktober 1994 (ein Tag nach der Bundestagswahl) zeigt, daß die Wahlversprechen der Koalitionsparteien vollkommen unseriös waren, weil sie angesichts der ohnehin bestehenden Haushaltslöcher unfinanzierbar sind. Dies hat Bundesfinanzminister Waigel den Bürgern vor der Wahl bewußt verschwiegen. Offenbar diente das Papier vom 17. Oktober 1994 dazu, den kleinen Kreis der Teilnehmer an den Koalitionsverhandlungen über die tatsächliche Lage der Staatsfinanzen zu informieren.

Der Bundeskanzler muß heute zum Abschluß der Koalitionsverhandlungen gegenüber der Öffentlichkeit endlich darlegen:

- welche konkreten Maßnahmen im Bereich des Familienlastenausgleich vorgesehen sind, insbesondere ob entgegen den Ankündigungen von Bundesfinanzminister Waigel auch das Kindergeld erhöht werden soll, welche Haushaltsbelastungen hierdurch entstehen und wie dies finanziert werden soll;
- welche konkreten Maßnahmen zu der vom Bundesverfassungsgericht verlangten Steuerfreistellung des Existenzminimums vorgesehen sind und wie dies finanziert werden soll;

- welche konkreten Maßnahmen im Bereich der Unternehmensbesteuerung geplant sind, wie hoch der hierdurch entstehende Steuerausfall ist und welche konkreten Finanzierungsmaßnahmen (insbesondere auch für Länder und Gemeinden) vorgesehen sind;
- wie das Haushaltsloch von 4,3 Milliarden DM in 1995 und 6,5 Milliarden DM in 1996 auf Grund der vom Bundeskanzleramt zu Recht als undurchführbar eingeschätzten, von Bundesfinanzminister Waigel aber in seiner Haushaltsplanung eingesetzten Befristung der Arbeitslosenhilfe finanziert werden soll und
- wie das Haushaltsloch von sechs Milliarden DM durch die Bahn-Altschulden, das nach Auffassung des Bundeskanzleramtes entgegen den Behauptungen von Bundesfinanzminister Waigel nur schwer aus dem Verkehrsbereich erbracht werden kann, finanziert werden soll.

Klargestellt werden muß auch, welche der in dem Papier des Kanzleramtes konkret aufgelisteten Einzelmaßnahmen zum Abbau von Steuervergünstigungen umgesetzt werden sollen. Es ist bemerkenswert, daß Bundesfinanzminister Waigel die in weiten Bereichen gleichlautenden Vorschläge der Expertenkommission entrüftet zurückgewiesen hat, während die gleichen Überlegungen im Bundeskanzleramt angestellt werden.

Der Vorgang zeigt auch, daß offensichtlich das Kanzleramt es jetzt übernommen hat, die finanzpolitischen Weichenstellungen für die nächsten Jahre vorzubereiten, weil der sich immer mehr in Widersprüche und Halbwahrheiten verstrickende Bundesfinanzminister dies nicht mehr zu leisten vermag. Auch deshalb ist Bundeskanzler Kohl jetzt selbst gefordert, den Bürgern reinen Wein über die tatsächliche Lage der Staatsfinanzen einzuschenken.

(-/11. November 1994/rs/fr)

\*\*\*\*\*

### Eine nach-denkenswerte Rede

**Von Margitta Terborg MdB**

Da hat ein großer deutscher Schriftsteller gesprochen, einer der wenigen mit Weltgeltung, die wir haben. Und was war laut Kohl Demokratienpflicht: ihn mit steinerner Miene zu ertragen. So geschah es dann auch. Ein halber Bundestag ertrug etwas. Das zwang ihn nicht zum Denken oder gar zur kritischen bis selbstkritischen Reflexion. Der Bundespräsident war souveräner. Er konnte zuhören und urteilen: eine bedenkenswerte Rede. Auch ein nicht geringer Teil der SPD-Bundestagsfraktion war dazu fähig, plus der Grünen, plus weniger FDPisten. Nach 20 Minuten konnte die PDS erleichtert feststellen: er hat eine Menge gesagt und nur wenig davon hat uns geschadet.

Ja, so ist nun mal der Umgang der Deutschen mit ihren Schriftstellern. Den Staatsopportunisten eines Johann Wolfgang von Goethe finden sie charmant, den zeitweiligen eines Stefan Heym frevelhaft. Die zeitweiligen politischen Irrtümer haben sie dem Toten Thomas Mann verziehen, dem lebendigen Stefan Heym nicht. Dafür wallfahren die Bildungsbürger, zu denen sich unbegreiflicherweise auch Helmut Kohl zählt, zu Ernst Jünger, dem noch Lebendigen. Dessen schreckliche Irrtümer empfinden sie als lässige Ausrutscher. Denn da wallt ein großer Geist, dem sie sich verwandt fühlen.

Ich erlaube mir, zu bemerken, daß die Rede Heyms dem Deutschen Bundestag nicht nur gut zu Gesicht stand, sondern auch nach-gedacht werden sollte.

(-/11. November 1994/rs/fr)

\*\*\*\*\*